



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Parlamentarisches aus Österreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

würde in seiner Anwendung auf die zwanziger Jahre und die Gegenwart keineswegs überall zu Gunsten der Letztern ausfallen.

Alles in allem, lebt in Schnorrs Briefen ein Geist, welcher jedem Achtung abzwängt, der nicht in der traurigsten Modernität, in jener frechen Nichtachtung vergangener edler Bestrebungen und der ödesten Gleichgiltigkeit gegen Naturen, die auf einen andern Ton gestimmt waren als wir selbst, befangen ist. Wer ohne Ruhmredigkeit von sich sagen durfte: „Die Aussichten (für die Kunst) sind sehr schlecht. Für solche Zeiten gehört aber gerade recht, daß diejenigen, die die Kunst wahrhaft lieben, von ihrem hohen Werte durchdrungen sind, doppelt eifrig und treu in ihrem Berufe sind. Freilich gehört da mehr dazu als die gewöhnliche von Lob und Tadel, von Vorteil und Nachteil abhängige Begeisterung, gehört mehr als die gewöhnliche Liebe dazu, dazu gehört eine Begeisterung, eine Liebe, die nur durch göttliches Feuer entzündet, nur in ernstesten Stunden errungen werden kann. Dieser Begeisterung, dieser Liebe will auch ich nachjagen. Meinen Beruf hab' ich erkannt und will nun mit Bewußtsein mein Amt auch ohne Amt verwalten“ (Brief an F. G. Quandt vom 7. April 1825), der verdient die volle Teilnahme nachlebender Geschlechter, wenn er auch nicht in so interessanter, glücklicher Zeit erwachsen wäre, nicht ein so einziges Stück Leben gelebt hätte, als die „Briefe aus Italien“ jedem Leser vor das innere Auge rufen werden.



Parlamentarisches aus Österreich.



Wenn die welsch-freisinnige Brüderschaft im deutschen Reiche diesmal, wie es den Anschein hat, ins Hintertreffen geraten sollte, so sind wenigstens die hiesigen Affiliirten nicht Schuld daran. Zwar ist den berühmten Klopffechtern die Drapirung heruntergerissen, und in ihrer Nacktheit bieten sie einen abschreckenden Anblick, aber die Organe des patentirten Liberalismus sehen in ihnen immer noch Heroengestalten von klassischer Schönheit. Und keineswegs nur in den Freisinnigen, die ja Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein sind: sogar für Windthorst und Genossen begeistern sie sich, während sie doch sonst bei dem Anblick eines „Merikalen“, eigentlich eines jeden gläubigen Christen, dieselbe Empfindung haben, wie der Gottseibeiums bei dem Anblick des Kreuzes. Aber, wie Bismarck einmal in einer Polendebatte sagte: Da wird gegen eine Regierung revoltirt, das ändert die Sache. Das Zentrum kämpft ebenso wie der Freisinn für die Allmacht des Parlaments, es erkühnt sich sogar, dem heiligen Vater zu trogen; um dieser Verdienste willen kann schon ein Auge zugedrückt werden. Und so reichen sich das Leibblatt der deutsch-österreichischen Fraktion

und die ultramontan-feudalistisch-föderalistische Zeitung brüderlich die Hände, um Bismarck als Tyrannen und Friedensstörer zu verdächtigen und dessen Widerfacher zu verherrlichen. Die Hauptquelle, aus welcher die „Informationen“ über deutsche Angelegenheiten geschöpft werden, ist unverkennbar das phantasiereiche „Berliner Tageblatt,“ und es ist daher begreiflich, daß der echte und gerechte Zeitungsleser sich vortrefflich unterrichtet zeigt. Besondern Abscheu erregen die Nationalliberalen, welche gewissenlos genug sind, sich mit den Konservativen zu verbünden; und in diesem Falle wirkt nicht allein die tugendhafte Entrüstung über das Zusammengehen mit Parteien, von welchen sie übrigens mancherlei trennt (eine Entrüstung, welche natürlich schweigt, wenn es sich um oppositionelle Parteien handelt), sondern auch die Sorge, daß das böse Beispiel anstecken könnte. Wenn z. B. alle, die das Deutschtum in Österreich erhalten wissen wollen, sich auf diesem Boden zusammenfänden und vorläufig alle Meinungsverschiedenheiten in religiösen, wirtschaftlichen, administrativen u. s. w. Fragen ruhen ließen, so würde das eine Gruppierung ergeben, welche den erbgesessenen „Führern“ schwerlich behagen möchte.

Sie haben ohnehin ihr Kreuz mit den „Deutschnationalen,“ welche sich ganz unstatthafte Äußerungen erlauben. Einer von den Entschiedensten dieser Partei, der Abgeordnete Steinwender, setzte unlängst in einer Versammlung auseinander, weshalb der „Deutsche Klub“ nicht mit den „Deutschösterreichischen“ durch Dick und Dünn gehen könne. Dabei erklärte er unter lebhafter Zustimmung der Zuhörer, die Volksvertretung habe die Meinungen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, nicht aber zu herrschen, das sei Sache der Krone und der Regierung. Er und seine Gesinnungsgenossen wollten nicht eine „Parlamentsregiererei,“ wie die Opposition in Deutschland sie anstrebe, aber hoffentlich nie erreichen werde. Natürlich haben die Zeitungen sich wohl gehütet, von solchen Regereien Notiz zu nehmen. Aber gesagt und gehört worden sind sie doch, und von dem Redner darf man sich deren Wiederholung auch an andrer Stelle versehen. Daher ist er auch gründlich verhaßt, und auf ihn war augenscheinlich der unglaubliche Artikel der „Neuen Presse“ gemünzt, welcher den Wählern beweglich zuredete, doch keine Mittelschulprofessoren zu wählen, da diese von Politik nichts verstünden. Steinwender ist nämlich Gymnasialprofessor.

Ebenso wenig verstehen (nach der Versicherung unsrer gelesensten Blätter) die Mitglieder des „Deutschen Klubs“ von dem Zeitungswesen. Dieselben haben sich nämlich beikommen lassen, Anträge einzubringen, durch welche allerlei Beschränkungen der Journalistik (Inseratenstempel, Verbot der Kolportage, administrative Beschlagnahme) beseitigt, aber zugleich die Verantwortlichkeit der Redaktion ausgedehnt werden soll. Es mag sein, daß dieser Gesetzentwurf des Abgeordneten Foregger manche Mängel hat, daß manche von ihm vorgeschlagene Bestimmung nicht ausführbar ist oder ihren Zweck nicht erfüllen würde. Aber die Absicht, der Korruption Einhalt zu thun, die Privatehre zu schützen, den tiefgesunkenen

Kredit der Presse wieder zu heben, verdient wohl die Billigung und Unterstützung jedes ehrlichen Menschen. Und als ob sie handgreiflich darthun wollten, wie notwendig die von Foregger angeregte Reform der Gesetzgebung ist, geraten verschiedene Zeitungen in förmliche Wut bei dem Gedanken, daß Bestechung, Verleumdung, Preisgebung der allgemeinen Interessen zu Gunsten einzelner und dergleichen schöne Dinge mehr gerichtlicher Ahndung ausgesetzt sein sollen.

Umso größere Befriedigung hat die im „Deutschen Klub“ eingetretene Spaltung hervorgerufen. Daß die Jugend lebhafter und rücksichtsloser auftreten will, und das bedächtige Alter dann über Unbotmäßigkeit klagt, ist am wenigsten auf parlamentarischem Gebiete etwas neues. So bildete sich zwischen 1866 und 1870 eine selbständige Gruppe in der Verfassungspartei, die erbgeessenen, „im Dienste der Freiheit ergrauten“ Führer schrieen „Rebellion!“, ließen sich im Kampfe gegen den Föderalismus die Hilfe der viel thätigeren und mutigeren Rebellen gern gefallen. Seitdem sind manche von den letztern ehrwürdig geworden und betrachten die Bildung des „Deutschen Klubs“ als schändlichen Abfall. In diesem Klub machten sich bald zwei Strömungen bemerkbar. Der eine Flügel hält an den parlamentarischen Traditionen und Meinungen fest, der andre läßt, wie oben erwähnt, auch an dieser Kritik walten, und scheut sich nicht, das Judentum als einen vorzüglichen Träger der Korruption in unserm öffentlichen Leben zu bezeichnen. Diese Gegensätze haben zum Bruche geführt, und um die ausgetretene Minorität in der Meinung der Zeitungsleser anzuschwärzen, nennt man sie schlechtthin antisemitisch. Größeres Unrecht haben einzelne Wortführer der andern Fraktion auf den Namen philosemitisch erworben.

Eine sogenannte große, stellenweise stürmische Debatte erlebten wir über den Antrag Pleners auf Einsetzung von Arbeiterkammern. Plener ist unbedingt eins der begabtesten und gebildetsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses und wohl berufen, einmal eine wichtige Rolle zu spielen. Aber in diesem Falle hat er sich nur als geschickter Redner bewährt. Schon daß er sich einen ganz oberflächlichen Streber beigeßelte, um seinen Antrag einzubringen, mußte bedenklich machen, und sein Genosse that denn auch das seinige, um die Meinung zu verbreiten, daß es sich nur um einen Theaterkoup handle. „Es müssen Arbeiter in das Parlament gewählt werden, damit die Herrschaft der Phrase ein Ende nimmt!“ rief jener Herr aus. Und nun heißt es allgemein: „Er wird doch nicht sein eignes Todesurteil fordern, folglich ist der ganze Antrag nicht ernst gemeint.“ Plener verlangt die Einsetzung von Arbeiterkammern zur Besprechung ihrer Angelegenheiten — dafür kann man stimmen; aus den Kammern sollen Vertreter in den Reichsrat entsendet werden — gut. Daß die Arbeiter das volle Wahlrecht erhielten, daran sei in Österreich vorderhand nicht zu denken, sagt Plener, und legt die Schattenseiten des allgemeinen Stimmrechtes mit zwar nicht neuen, aber treffenden Argumenten dar. Einem konfusem Anhänger sozialdemokratischer Ideen gegenüber macht er sogar darauf aufmerksam,

daß auch im kommunistischen Staate der am meisten zungenfertige Redner die Menge für sich haben werde — vortrefflich. Nun muß man doch den Schluß erwarten, daß mit den Kopfwahlwahlen überhaupt aufzuräumen sei. Der große Grundbesitz bildet Wahlkörper, die Handelskammern wählen eigne Vertreter, man gehe weiter in dieser Richtung, bilde wirkliche Gewerbekammern, Arbeiterkammern, Bauernkammern, statt die Advokatenkammern und andre Vereinigungen von Angehörigen eines bestimmten Berufskreises mit dem Wahlrechte aus, aber auch unter Verpflichtung, die Vertreter im eignen Kreise zu suchen: dann würde das Abgeordnetenhaus in der That der Ausdruck der Ansichten und Wünsche der Bevölkerung werden, soweit ein solcher Mikrokosmos überhaupt möglich ist, dann würde man dem Ideal näher kommen, die Phrase zu verdrängen. Allein davon ist keine Rede. Nichts soll sich ändern, als daß zu den 355 jetzigen Mitgliedern noch neun aus den Arbeiterkammern treten, etwa ein Zehntel der Zahl der großen Grundbesitzer, weniger als ein Vierzehntel oder Fünfzehntel der ländlichen und der städtischen Abgeordneten, von denen die letzteren durch eigne Vertreter der Handels- und Gewerbekammern verstärkt werden. Ob die Arbeiter selbst damit zufrieden sein werden, muß man abwarten; die anarchistischen Elemente unter ihnen weisen bereits jeden parlamentarischen Kampf verächtlich ab, und ein solches Fröchtel in Graz sprach dabei von dem „wässerigen“ Kochfort, wird also wohl ein Anhänger der „Blutigen“ sein; andre scheinen die Abschlagszahlung annehmen zu wollen. Die deutsche Partei kündigt Verbesserungsvorschläge an. Diese müßten aber gründlicher Natur sein, denn so, wie er ist, muß der Gesetzentwurf als ein neuer Versuch angesehen werden, unter dem Scheine einer gewissen Gleichberechtigung das Übergewicht der Bourgeoisie zu befestigen. In diesem Sinne ist seit einem Vierteljahrhundert fast ununterbrochen operirt worden. Die Abfassung der Wahlgesetze, die Abgrenzung der Wahlbezirke ließ dieses Bestreben nie verkennen: wie weit wir damit gekommen sind, lehren die Zustände der Gegenwart.

Die erste Verhandlung über die Arbeiterkammern schloß mit einem argen Skandal. Herr v. Plener hatte ohne genügende Veranlassung einen Ausfall auf die Demokraten und die Antisemiten in seine Rede eingeflochten; die Herren lassen keine noch so unpassende Gelegenheit vorübergehen, ohne ihren jüdischen Freunden ein kleines Vergnügen zu bereiten. Als dann die Angegriffenen antworteten, allerdings weder geschickt noch fein, beschuldigte man sie, fremde Dinge in die Debatte gezogen zu haben, und nachdem im Saale „parlamentarische“ Grobheiten hin- und hergeschlagen waren, soll es in den Gängen zu sehr unparlamentarischen gekommen sein, welche angeblich vor dem Gerichte noch werden breitgetreten werden. Ja, die bösen Regierungen thun alles erdenkliche, um den Parlamentarismus in der Volksmeinung herabzusetzen — hier wie in Deutschland.